

Im Schatten des Präsidenten: Die Parlamentswahl in der Ukraine vom 31. März 2002

Der im April 2001 geschasste ukrainische Premierminister Wiktor Juschtschenko hatte sein Comeback angekündigt. Jetzt meldet er sich eindrucksvoll zurück. Sein aus zehn Parteien bestehendes Wahlbündnis „Unsere Ukraine“ gewann 23,55 Prozent der Wählerstimmen. Doch die Freude des marktwirtschaftlichen Reformers hält sich in Grenzen. Das gemischte Wahlsystem, in dem 225 der 450 Sitze des Parlaments (Werchowna Rada) nach Mehrheitswahl und die anderen 225 nach Verhältniswahl bestimmt werden, hat seine Tücken. So errang der präsidentennahe Wahlblock „Für eine geeinte Ukraine“ unter der Führung des Chefs der Präsidentenadministration, Wolodymyr Lytwyn, auf dem Parteiticket nur 11,79 Prozent, doch verfügt er dank der direkt gewählten Kandidaten über 101 Mandate in der Werchowna Rada. Mittlerweile haben sich 46 der 93 Deputierten, die sich selbst nominiert haben, dem Wahlblock angeschlossen. Zusammen mit den Mandaten der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (vereinigte) [SDPU(v)] und anderen direkt gewählten Abgeordneten von Kleinstparteien verfügt der am wirtschaftlichen Status quo festhaltende und so genannte „Block der Macht“ auf rund 186 Mandate. Das Juschtschenko-Bündnis hat indes 121 Sitze. Von einem eindeutigen Sieg der Reformer kann nicht die Rede sein.

Die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) von Petro Symonenko konnte nur sieben ihrer Direktkandidaten durchbringen, gewann aber 20 Pro-

Die ukrainische Parlamentswahl hat einen heimlichen Sieger. Es ist Präsident Leonid Kutschma. Zwar gewann der prowestliche und marktwirtschaftlich orientierte Ex-Ministerpräsident Wiktor Juschtschenko mit seinem Parteienbündnis „Unsere Ukraine“ die Mehrheit der Zweitstimmen, doch der präsidentennahe Wahlblock „Für eine geeinte Ukraine“ unter der Führung von Wolodymyr Lytwyn konnte die meisten Direktkandidaten durchbringen. Kutschmas Strategie, eine starke Pro-Präsidentenfraktion im Parlament zu platzieren, um nach Belieben schalten und walten zu können, ging auf. In der Zusammenarbeit zwischen Präsident, Ministerkabinett und Parlament ist vorerst keine große Änderung in Sicht. Die richtungsweisende Entscheidung für die Zukunft der Ukraine ist die Präsidentschaftswahl im Oktober 2004.

zent der Zweitstimmen. Das ergibt insgesamt 66 Sitze. Im Vergleich zu der letzten Legislaturperiode ist das fast eine Halbierung. Ein positives Zeichen für die postsowjetische Ukraine. Achtungserfolge erreichten zwei tapfere Außenseiter im Wahlkampf: Die von Oleksandr Moros geführte Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) konnte 6,87 Prozent gewinnen und zieht mit 23 Abgeordneten ins Parlament. Der aus fünf Parteien bestehende Wahlblock von Julija Tymoschenko erreichte 7,25 Prozent der Zweitstimmen und verfügt über 22 Sitze. Was Moros und Tymoschenko, die zusammen 45 Mandate haben, politisch verbindet, ist die fundamentale Opposition gegen den amtierenden Präsidenten Leonid Kutschma. Ferner haben insgesamt 93 der so genannten „unabhängigen“ oder „selbstnominierten“ Kandidaten den Einzug in die Werchowyna Rada geschafft. Zwischen den sechs Parteien und Wahlbündnissen beginnt nun der Wettlauf um die Gunst dieser Parlamentarier. Wie sich zeigt, ist der „Block der Macht“ für die „Unabhängigen“ am attraktivsten. Einige Parteien wie der Wahlblock der sozialistischen Agitatorin Natalija Witrenko, die Grüne Partei der Ukraine, die Partei „Jabluko“ und „Frauen für die Zukunft“, die in Umfragen vor der Wahl noch Chancen hatten die Vier-Prozent-Hürde zu nehmen, scheiterten. (Zu den Wahlergebnissen, möglichen Machtverhältnissen im neu gewählten Parlament und den Zusammensetzungen der Wahlblöcke siehe Tabelle 1–3.)

Politische Beobachter in Kiew sind sich einig, dass die neue Zusammensetzung keinen systematischen Wechsel in der parlamentarischen Politik bedeutet, sondern weiterhin durch Unübersichtlichkeit und situationsbedingte Mehrheiten geprägt sein wird. Die englische Wochenausgabe der Zeitung *Den* kommentiert den Wahlausgang bissig: „Our concepts and aspirations are curious mix of nostalgia (courtesy of CPU), belief that someone big and powerful will come and make every Ukrainian man in the street happy (courtesy of Our Ukraine), conformism of the so-called bloc in power, and hatred of the regime (courtesy of the Yulia Tymoshenko bloc and Socialist Party). Let us hope that this curious mix will not turn into a Molotov cocktail.“¹⁾

Um die Ergebnisse der ukrainischen Parlamentswahl stichhaltiger interpretieren zu können, soll nun

1) Maryna Oliynyk, „New Parliament: Show Guaranteed. How about reform?“, in: *Day*, Nr. 11 (180), 2. April 2002, S.1.

auf die Bedeutung des Parlaments und der Parteien im politischen System der Ukraine eingegangen werden. Dazu werden strukturierende Faktoren des Parteiensystems wie Wahlrecht, regionale Hochburgen und gesellschaftliche Konfliktlinien herangezogen. Auffallend regionalisiert ist das Abstimmungsverhalten der Wähler bezüglich der Parteien. Im Norden und Westen der Ukraine wurde der Reformler Juschtschenko gewählt; im Osten und Süden die Kommunisten, Sozialisten und der Wahlblock „Für eine geeinte Ukraine“ (siehe Abbildung 1). Der Grund dafür liegt weniger im sprachlichen oder religiösen Regionalismus der Ukraine, sondern in der Kernfrage der postsowjetischen Transformationen, ob man die Modernisierung der Ökonomie mit mehr oder weniger Staat bewältigen möchte. Hinzu kommt; welches Verhältnis zu Russland und Europa angestrebt werden soll.

■ **Die schwache Machtposition der Werchowna Rada**

Seit dem Amtsantritt des Präsidenten Leonid Kutschma 1994 hat sich die Machtstellung der Werchowna Rada sukzessiv verschlechtert. Durch die neue Verfassung aus dem Jahr 1996 und anderer verfassungsrechtlicher Winkelzüge erweiterte der Präsident seine Macht beständig. Er baute die Präsidentenadministration aus und machte sie zu einer Art „heimlichen“ Regierung, die neben dem Ministerkabinett existiert. So entstand eine doppelköpfige Exekutive. In dieser Konstellation eines präsidentiell-parlamentarischen Politsystems hat die Legislative per se einen schweren Stand.

De jure bestätigt das ukrainische Ein-Kammer-Parlament das Programm der Regierung, billigt den Staatshaushalt und kann ein Misstrauensvotum gegen den Premierminister anstrengen. Die Werchowna Rada kann nur vom Präsidenten aufgelöst werden, wenn sie nicht im Stande ist, im Laufe eines Monats eine Plenarsitzung abzuhalten. Parlamentarisch abgestimmte Gesetze darf der Präsident mit einem Veto belegen, dass wiederum mit einer Zweit-Drittel-Mehrheit der Legislative überstimmt werden kann. Gegen einen Präsidentenukas hat das Parlament nur die Möglichkeit, einen Protest beim Verfassungs-

gericht einlegen, das die Vollmacht hat, den Ukas aufzuheben. Nach der Verfassung kann die Werchowna Rada mit zwei Drittel der Abgeordneten ein Verfahren zur Amtsenthebung des Präsidenten einleiten, braucht aber für das endgültige Impeachment die hohe Hürde einer Drei-Viertel-Mehrheit. Der Premierminister wird vom Präsidenten unter einfacher Zustimmung des Parlaments ernannt.

De facto hat die ukrainische Legislative nur einen begrenzten politischen Einfluss. Ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung kann sie nur bedingt ausüben, denn Leonid Kutschma unterstellte gleich vier wichtige Ministerien – das Innen-, Außen-, Verteidigungs- und Informationsministerium – seiner direkten Kontrolle.²⁾ Auch bei der Auswahl der Minister wie bei der Bestellung der Gouverneure hat der Präsident völlig freie Hand. Bei der Besetzung anderer Schlüsselpositionen – Generalstaatsanwalt, Vorsitzender des Fonds für Staatsvermögen, des Fernsehkomitees und des Antimonopolkomitees darf das Parlament die Vorschläge des Präsidenten nur abnicken. Die Personalpolitik nutzt Kutschma als zentrales Instrument zur Stabilisierung seiner Macht. Mit den finanzstarken Oligarchen, die auch im Wahlblock „Für eine geeinte Ukraine“ wiederzufinden sind und die es auf staatliche Ressourcen abgesehen haben, geht er eine mächtige Symbiose ein.

Um das Parlament noch besser in seine gewünschte Richtung lenken zu können, ist Kutschma bemüht, seine Gefolgsleute in der Werchowna Rada zu positionieren oder Parlamentarier für sich zu gewinnen. Der Wahlblock „Für eine geeinte Ukraine“ ging gerade unter der Schirmherrschaft des Präsidenten ins Rennen. Er konnte nur deshalb viele Direktmandate holen, weil es auf lokaler Ebene mit mehr oder weniger Druck üblich ist, den „Wahlempfehlungen“ der Präsidentenadministration zu folgen. Insofern wird die Parlamentswahl in der ukrainischen Presse eher als ein Schaulaufen für einen zukünftigen Präsidentschaftskandidaten bewertet. Die Präsidentschaftswahl findet im Oktober 2004 statt. Da Kutschma nach seiner zweiten Amtszeit nicht mehr antreten darf, geht die Frage um, welchen Kronprinzen er sich auserkoren hat, um als Politrentner eine lebenslange Immunität zu genießen.

2) Alexander Ott (1999), *Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine von 1991 bis 1998*, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, S. 51.

■ Rolle der Parteien

Geht man von der Funktion der Parteien als Klammer zwischen Staat und Gesellschaft aus, verhindert ein auf den Präsidenten zugeschnittenes politisches System die Herausbildung und Konsolidierung von Parteien.³⁾ Die Folge ist eine schwache gesellschaftliche Verankerung der Parteien und eine Fragmentierung innerhalb des Parlaments. Mit einer Wahlbeteiligung der Ukrainer von 69,51 Prozent sank diese zum dritten Mal in Folge. Die Politik- und Parteienverdrossenheit ist in der ukrainischen Bevölkerung groß. Ein weiteres Indiz für das geringe politische Vertrauen ist die schwach ausgeprägte Kontinuität der gewählten Parlamentarier. Nur 185 der Abgeordneten aus der letzten Legislaturperiode schafften den Wiedereinzug, 265 wurden neu gewählt.⁴⁾ Ein ständiger Elitenwechsel im Parlament fördert kaum die Bindung zwischen Wähler und Gewähltem.

Indes gibt es Analysen, die eine unmittelbare Verbindung zwischen den Wählern und den Parteien in der Ukraine herleiten. Auf der Basis einer Befragung nach der Parlamentswahl 1998 kommt Helsi zu dem Ergebnis, dass die ukrainischen Wähler ein rationales Wahlverhalten zeigen, dass eben nicht durch sprachliche, geografische oder religiöse Konfliktlinien geprägt ist. Sie suchen ihre Parteien entlang dreier Konfliktlinien heraus, welche die Modernisierung von Staat und Gesellschaft betreffen: An den Fragen, ob Wirtschaftsreformen mit einem starken oder schwachen Staat angegangen werden und wie das außenpolitische Verhältnis zu Russland und Europa gestaltet werden soll, daran scheitern sich die Geister. Da die Wähler sich die Parteien aussuchen, die auf diese Fragen Antworten geben, beurteilt Helsi die Rolle der Parteien positiv: „Political parties in Ukraine are opting as expressions of public attitudes and are not simply organizational vehicles for the advancement of the careers of presidential hopefuls.“⁵⁾

Folgt man seinen empirischen Befunden, so haben sie auch für die jetzige Wahl Erklärungswert: Das für Marktwirtschaft und eine Westorientierung stehende Wahlbündnis „Unsere Ukraine“ gewann das Gros seiner Mandate im ländlich geprägten Westen und Norden des Staates. Die KPU, die eine Rückkehr zur Planwirtschaft und eine Union mit Russland möchte,

3) Vgl. Klaus Ziemer (2000), „Die Entwicklung neuer Parteiensysteme“, S. 80, in: Klaus Ziemer Hrsg. (2000), *Die Neuorganisation der politischen Gesellschaft. Staatliche Institutionen und intermediäre Instanzen in postkommunistischen Staaten Europas*, Berlin Verlag, Arno Spitz GmbH, Berlin, S. 77–100.

4) Zeitung *Segodnja*, Nr. 74 (1123), S. 5.

5) Vicki L. Hesli (2000), „Issue Voting in Ukraine“, S. 74, in: *Political Thought* (2000), Nr. 3–4, Kiew, S. 58–83.

wurde vor allem im industrialisierten Osten und Süden des Landes gewählt. Die Klientelpartei „Für eine geeinte Ukraine“, die für eine stark monopolisierte Industrie eintritt, holte die meisten Stimmen in dem von Kohlebergbau und Schwerindustrie dominierten Gebiet Donezk. Die regionale Zweiteilung in der Wählergunst hängt eher vom Urbanisierungs- und Industrialisierungsgrad ab. Die gesellschaftlichen Konfliktlinien strukturieren sich entlang der Frage, wie die weitere Modernisierung der Ukraine zu bewerkstelligen sei. Die von Schwerindustrie geprägten Regionen setzen auf einen starken Staat, die anderen mehr auf die Marktwirtschaft.

■ **Regierungsstabilität und Parteiensystem**

Weitere Untersuchungen für Osteuropa, die den Zusammenhang zwischen der Fragmentierung des Parteiensystems und der Regierungsstabilität analysieren, attestieren der Ukraine eine geringe Stabilität. Im Durchschnitt war die Regierung nur 275 Tage im Amt. Aufgrund seiner Datenlage⁶⁾ kommt Harfst zum Ergebnis, dass die Parteienfragmentierung in der Werchowna Rada im osteuropäischen Vergleich jedoch nur durchschnittlich war.⁷⁾ Insofern gewinnen institutionelle Faktoren wie die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten des Präsidenten an Bedeutung, um die Instabilität der Regierung zu erklären.

Wenngleich nur sechs Parteien und Wahlblöcke den Einzug ins ukrainische Parlament schafften, plus vier Parteien, die durch ihre Direktkandidaten hereinkamen, ist dies kaum ein Zeichen für eine nachhaltige Konzentration des Parteienspektrums. Vordergründig ging es den Parteien durch ihren Zusammenschluss darum, die Vier-Prozent-Hürde zu nehmen. Die vielen unabhängigen Parlamentarier und die aus zahlreichen Parteien bestehenden Wahlblöcke werden eine Koalitionsbildung erschweren. Für den amtierenden Ministerpräsidenten Anatoli Kinach bedeutet dies, dass ihm möglicherweise bald das parlamentarische Misstrauen ausgesprochen wird. Die Suche nach einer stabilen Mehrheit in der Werchowna Rada, die eine Regierung dauerhaft trägt, geht weiter. Auch Präsident Kutschma kann dem Parlament nun einen neuen Regierungschef vorschlagen oder mit dem bisherigen Premier weiterregieren.

6) Leider berücksichtigen seine Daten zur Ukraine nur die Regierungswechsel bis 1998.

7) Philipp Harfst (2001), „Regierungsstabilität in Osteuropa. Der Einfluss von Parlamenten und Parteien“, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin, S. 1–37, hier S. 12.

■ Die Parteien in der neu gewählten Werchowna Rada

An dieser Stelle werden nur die sechs großen Parteien und Wahlblöcke vorgestellt. Die ideologische Ausrichtung in den Fragen der Wirtschafts- und Außenpolitik wird anhand des Wahlprogramms beschrieben. Hinzu kommen Hinweise auf die regionalen Stimmengewinne sowie eine Einteilung nach Programmparteien, charismatischen Parteien und klientelistischen Parteien.⁸⁾

Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)

Im Vergleich zur letzten Legislaturperiode, in der die Kommunisten über 119 Mandate verfügten, kommt die KPU jetzt nur auf 66, die fast ausschließlich auf der Parteiliste gewonnen wurden. Das ist eine herbe Niederlage. Die Verteilung der Zweitstimmen täuscht daher über die Schwäche der Partei hinweg. Zur klaren Opposition gegen den Präsidenten zählen die Kommunisten nicht. Sie werden von den anderen Parteien für Mehrheiten je nach Situation umworben. Auch wenn der Parteivorsitzende Petro Symonenko über eine nicht geringe Ausstrahlung verfügt, ist die KPU mit ihrer auf die Vergangenheit orientierten Politik eine programmatisch ausgerichtete Partei mit einem starken Profil.

Die außenpolitische Ausrichtung zielt auf eine enge Zusammenarbeit mit der GUS sowie der Herstellung einer Union mit Russland und Belarus. Eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Union ist nicht eingeplant. Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds werden als „Verbrecher“ bezeichnet. Hinsichtlich der Sprachenpolitik soll die ukrainische Sprache geschützt werden, jedoch soll Russisch als zweite offizielle Sprache eingeführt werden. Die Kommunisten streben zwar eine Verkleinerung der Bürokratie und den Kampf gegen die Korruption an, setzen indes in der Wirtschaftspolitik auf zahlreiche administrative Maßnahmen mit einer umfangreichen Protektion der nationalen Produktion und des Bergbaus. Für die Landwirtschaft sollen günstige Kredite bereitgestellt werden. Das Verkaufsverbot von Grund und Boden an Ausländer und Neureiche gehört zum Lieblingsthema der Kommunisten. Für viele strategische Wirtschaftsbereiche möchten

8) Vgl. Klaus Ziemer (2000), „Die Entwicklung neuer Parteiensysteme“, S. 90, in: Klaus Ziemer Hrsg (2000), *Die Neuorganisation der politischen Gesellschaft. Staatliche Institutionen und intermediäre Instanzen in postkommunistischen Staaten Europas*, Berlin Verlag, Arno Spitz GmbH, Berlin, S. 77–100.

sie Staatsmonopole. Außerdem soll die Rechtmäßigkeit der bisherigen Privatisierungen nochmals überprüft werden. Insgesamt wollen die Kommunisten eine zentralisierte Ökonomie durch den Staat.

Ihre Wählerschaft findet die KPU besonders bei den älteren Wahlberechtigten, die mit einer kärglichen Rente auskommen müssen. Die Partei hat ihre Wählerhochburgen auf der Krim, in der Stadt Sewastopol, in den ostukrainischen Verwaltungsgebieten Charkiw, Dnipropetrowsk und Lugansk sowie in den südukrainischen Oblasten Kirowograd, Saporishja, Cherson, Odesa und Mykolajiw.

Sozialistische Partei der Ukraine (SPU)

Trotz Umfragen, die den Sozialisten nicht den Sprung über die Vier-Prozent-Hürde zutrauten, schafften sie es mit 23 Abgeordneten. Im alten Parlament war die Partei mit 35 vertreten. Den Wahlerfolg hat der Vorsitzende Okleksandr Moros, ein alter Erzrivale des Präsidenten, zu einem großen Teil der Anti-Kutschma-Stimmung in der Bevölkerung zu verdanken. Zudem rief auch Julija Tymoschenko zur Wahl der Sozialisten auf, um in der Werchowyna Rada eine starke Fraktion gegen Leonid Kutschma zu bilden.

Obwohl die Sozialisten ähnliche Positionen wie Kommunisten bezüglich Russland und Europa vertreten, propagieren sie diese moderater. In der Wirtschaftspolitik wird ein planwirtschaftliches Vorgehen bevorzugt. In einem Jahr, so das Wahlprogramm, soll eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Rezept ist Protektion der nationalen Produzenten und des Energiesektors. Dazu kommen populistische Versprechungen wie die Erhöhung der Löhne und Renten, das Einfrieren der Kommunalabgaben auf nicht mehr als 12 Prozent des Familieneinkommens sowie eine Kindergeldzahlung von 200 Hrywna (etwa 46 Euro). Außerdem soll es kein Privateigentum an Grund und Boden geben. In ihrer programmatischen Ausrichtung zeigen die Sozialisten weniger Profil. Moros selbst bezeichnet sein Handeln als „sozialdemokratisch“. Insofern ist es dem Charisma des Parteiführers und seiner Opposition gegen Kutschma zu verdanken, dass die Partei ins Parlament kam.

Die Sozialisten haben ihre Wählerhochburgen in den zentralukrainischen Verwaltungsgebieten Tscherkasy, Winnyzja und Kiew, im südlichen Kiro-

wograd und im östlichen Poltawa, wo sie die Mehrheit der Stimmen erhielten.

Wahlblock von Julija Tymoschenko

Mit den Sozialisten teilt Julija Tymoschenko die Fundamentalopposition gegen Kutschma. Ihr Wahlbündnis aus fünf Parteien erreichte 7,25 Prozent und kommt in der Werchowyna Rada auf 23 Sitze. Entstanden ist Tymoschenkos Popularität gerade in der „Tapeaffäre“ um Kutschma Anfang 2001, als sie vehement gegen ihn opponierte. Zuvor hatte sie als Vizepremierministerin begonnen, den Energiesektor zu reformieren. Das stieß bei den Oligarchen um Kutschma auf wenig Gegenliebe, so dass sie wegen angeblicher Steuerhinterziehung aus dem Amt gejagt wurde und zeitweise inhaftiert war. Ihr Ruf als „Jeanne d’Arc der Ukraine“ brachten ihr besonders in den westukrainischen Verwaltungsgebieten Wolyn, Iwano-Frankiwsk, Lwiw, Riwno, Ternopil, in den zentralukrainischen Oblasten Chmelnyzki und Winnyzja sowie in der Stadt Kiew die Zweitstimmen ein. Folglich gehört dieser Wahlblock, weil er sich auf die tapfere und unbeugsame Erscheinung von Julija Tymoschenko konzentriert, eher zu den charismatischen Parteien mit kleinen programmatischen Elementen.

Außenpolitisch setzt Tymoschenko auf eine friedliche Koexistenz aller Staaten. In der Wirtschaftspolitik bevorzugt sie eine gemischte Ökonomie mit starken staatlichen Elementen. Die Effektivitätssteigerung der Staatsunternehmen, niedrige Steuern und geringe Zinssätze für Kredite sowie eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer sind Forderungen ihres Wahlbündnisses. Auch sie möchte einen Verkauf von Grund und Boden nur an die Ukrainer.

Wahlblock „Unsere Ukraine“

Galionsfigur dieses aus zehn Parteien bestehenden Wahlbündnisses ist der im Westen als Reformler bekannte Wiktor Juschtschenko. Als ehemaliger Premierminister verfügt er über einen Amtsbonus. „Unsere Ukraine“ gewann in 14 der 25 Staatsgebiete. Seine Hochburgen hat der Wahlblock in der Stadt Kiew, in den westukrainischen Gebieten Wolyn, Sankarpatja, Iwano-Frankiwsk, Lwiw, Riwno, Ternopil, in den nördlichen Gebieten Sumy und Tschernigiw

sowie in den zentralukrainischen Oblasten Winnyzja, Shtomyr, Chmelnyzky und Tscherkasy. Selbst auf der russischsprachigen Krim, die eine klare Kommunistenhochburg ist, könnte Juschtschenko beachtliche zehn Prozent Zweitstimmen erreichen. Zusammen mit den Direktkandidaten kommt Wahlblock „Unsere Ukraine“ auf 112 Mandate. Außenpolitisch tritt das Bündnis für eine vom nationalen Interesse geleitete Zusammenarbeit mit allen Ländern und internationalen Organisationen ein. In der Wirtschaftspolitik setzt Juschtschenko auf Marktwirtschaft und plädiert für die Fortführung seines Programms „Reformen für den Wohlstand“, das er noch als Premierminister verwirklichen wollte. Es beinhaltet Wettbewerb bei gleichen Spielregeln, also keine Begünstigungen und Subventionen. Ferner soll das Kapital, das in der Schattenwirtschaft verdient wurde, legalisiert werden. Der Ex-Premier möchte die Entwicklung des Unternehmertums durch die Vereinfachung der Besteuerung und der Unternehmensgründung fördern, um damit Investitionen zu erleichtern. Fiskalpolitisch peilt er eine solide Haushaltsführung mit einer ausgewogenen Verwendung der Staatsmittel an. In der Agrarpolitik setzt er auf Protektion der nationalen Produzenten vor unlauterem Wettbewerb aus dem Ausland. Gleichzeitig sollen günstige Kredite gewährleistet werden, bei denen der Staat einen Teil der Zinsenlast übernimmt. Sozialpolitisch visiert der ehemalige Chef der Nationalbank eine Erhöhung und rechtzeitige Auszahlung der Löhne und Renten an und möchte eine allgemeine Krankenversicherung aufbauen.

In diesem Parteienbündnis kommen gleichzeitig programmatisches Profil und die große Popularität von Juschtschenko zusammen. Doch letztlich wird der enorme Bekanntheitsgrad und der Ruf als marktwirtschaftlicher Reformier Juschtschenko zu seinem respektablen Erfolg verholfen haben.

Sozial-Demokratische Partei der Ukraine (vereinte) [SDPU(v)]

Mit einer umfangreich angelegten Wahlkampagne versuchten die Sozialdemokraten ihre Wähler zu mobilisieren. Landesweit gewannen sie 6,27 Prozent und verfügen damit über 24 Sitze im Parlament. Ihre Wählerhochburgen befinden sich in den westlichen

Verwaltungsgebieten Sakarpattja und Tscherniwzi, im südlichen Saporishja und auf der Krim. Die regional weit gestreute Verteilung der Zweitstimmen und die finanzielle Macht des Unternehmers und Parteivorsitzenden Wiktor Medwedtschuk, der den Wahlkampf finanzierte, lassen den Schluss zu, dass es sich eher um eine klientelistische Partei handelt.

In ihrem Wahlprogramm verfolgen die Sozialdemokraten außenpolitisch eine Festigung der Souveränität der Ukraine. Gleichzeitig sind jedoch Beitritte in die europäischen und internationalen Organisationen vorgesehen. Mit Russland möchte man eine gute Partnerschaft in der Position der Gleichberechtigung pflegen. Sicherheitspolitisch schwebt den Sozialdemokraten die Bildung eines Sicherheitssystems mit Europa und Russland vor. In der Wirtschaftspolitik forciert die SDPU(v) eine stabile Gesetzgebung und ihre Durchsetzung an. Protektionismus soll nach internationalen Regeln möglich sein. Steuersenkungen und Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen sollen die Ökonomie ankurbeln. Ferner wird die Reform der ukrainischen Sozialsysteme angestrebt.

Wahlblock „Für eine geeinte Ukraine“

Der aus fünf Parteien bestehende Wahlblock, der zugleich den Spitznamen „Sa edu – Für Essen“ bekam, ist der heimliche Gewinner der ukrainischen Parlamentswahl. Mit nur 11,79 Prozent Zweitstimmen, die als Votum gegen den Präsidenten zu bewerten sind, räumte der Parteienblock gleich 66 Direktmandate ab. Hinzu kommen noch 46 der unabhängigen Parlamentarier, die sich unlängst für „Sa edu“ entschieden. Die Wählerhochburgen liegen in den von Bergbau und Schwerindustrie geprägten östlichen Verwaltungsgebieten Donezk, Dnipropetrowsk, Charkiw, im südlichen Odessa und in der nördlichen Oblast Sumy. Weil das Parteienbündnis stark mit der Exekutive verflochten ist, war es auf der lokalen Ebene leichter, die Direktkandidaten durchzubringen. Dieser so genannte „Block der Macht“ geht eine enge Verbindung von Politik und Ökonomie ein. Es geht darum, die staatlichen Ressourcen auf einen kleinen Kreis von Oligarchen zu verteilen. Kutschma ist sozusagen der politische Garant dieses Machtsystems, so dass der Wahlblock als stark klientelistisch zu bewerten ist.

Außenpolitisch strebt der Wahlblock gleichermaßen eine Anbindung an die europäischen Staaten an sowie gute Beziehungen zu Russland und der GUS. Wirtschaftspolitisch setzen die Abgeordneten von „Sa edu“ auf Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum in der Höhe von 6 bis 7 Prozent, eine Erhöhung des Volkseinkommens, Steuersenkung und auf die Unterstützung der Kleinunternehmer. Priorität hat dabei die Forschungspolitik mit Entwicklung von Innovationen sowie Investitionen ins Humankapital. In der Landwirtschaft sollen die Bauern im größeren Maße Eigentümer von Grund und Boden werden und teilweise vor ausländischen Anbietern geschützt sein.

Politisch ins gleiche Horn wie der Präsident blasen die Parlamentarier von „Sa edu“, wenn es um den Umbau des politischen Systems der Ukraine geht. Das bereits durch ein Referendum entschiedene Zwei-Kammer-Parlament soll nun schnell umgesetzt werden. Damit glaubt man, die regionale Vereinigung der Ukraine voranzutreiben. In erster Linie ist es ein Vorwand, um das Parlament weiter zu entmachten.

■ **Wahlkampagne, Wahlverlauf und Wahlgesetz**

Überschattet wurde die Parlamentswahl durch den Tod des Vize-Gouverneurs Nikolaj Schkribljach im Oblast Iwano-Frankiwsk. Der zu den Vereinten Sozialdemokraten gehörende Kandidat wurde am Sonnabend vor der Wahl tot in seiner Hofauffahrt gefunden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Dieser Vorfall war ein trauriger Höhepunkt im ukrainischen Wahlkampf. Indes kamen europäische Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), des Europarates und des europäischen Parlaments zu dem Schluss, dass die Wahl ein Fortschritt in Richtung internationaler Standards war. Vorher hatte sich Wiktor Juschtschenko über massiven Wahlbetrug beklagt. Acht bis zwölf Prozent aller Stimmzettel könnten Gegenstand von Fälschungen und Manipulationen gewesen sein, so der Oppositionspolitiker. Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission Mychajlo Rjabez attestierte, dass es Wahlvergehen gegeben hat, doch seien diese nicht wahlentscheidend gewesen.

Unmut bei den Wählern hatte es über die langen Wartezeiten gegeben. Aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Wahlen von Gemeinde- und Kreisversammlungen sowie der Bürgermeister hielten die Wähler teils bis zu sechs Stimmzettel in der Hand. Dazu kam oft eine Unbeholfenheit der Wahlhelfer im übersichtlichen Arrangieren der Tische und Wahlkabinen. Durch eine bessere Organisation hätte viel Wartezeit verhindert werden können.

In einer Beurteilung der OSZE hat das jetzt zur Anwendung gekommene Wahlgesetz einige Verbesserungen gegenüber dem alten. Für eine Kandidatur sind nun keine Unterschriften, die leicht zu fälschen sind, notwendig, sondern muss der Kandidat ein monetäres Pfand hinterlegen. Insgesamt ist die Zusammensetzung der lokalen Wahlkommissionen mit ihren Wahlhelfern transparenter. Protokolle der Wahlkommissionssitzungen sind öffentlich zugänglich. Nicht nur internationale Wahlbeobachter können teilnehmen, sondern gleichermaßen Vertreter der Parteien. Besser geregelt wurde auch der Zugang der Parteien und Kandidaten zu den Medien. Jeder Kandidat, der wollte, konnte an einer Debatte im staatlichen Fernsehen teilnehmen. Für Wahlplakate wurden staatliche Flächen zu Verfügung gestellt. Um Wahlmanipulationen zu dokumentieren, organisierten sich vielerorts Komitees und Gruppen, welche die Wähler aufforderten, Vergehen telefonisch zu melden.

Für den Ausgang der Parlamentswahl ist das gemischte Wahlsystem in nuce problematisch. Zwar hatte die Werchowna Rada in der letzten Legislaturperiode immer wieder versucht, ein reines Verhältniswahlsystem durchzusetzen, war aber am Veto des Präsidenten gescheitert. Seinen Widerstand begründet Kutschma damit, dass es nicht demokratisch sei, dem Bürger die Möglichkeit zu nehmen, sich oder einen Kandidaten seiner Wahl direkt aufzustellen. Mit diesem Trick, besonders Deputierte aus der Präsidentenadministration auf der Lokalebene aufzustellen, hat der präsidenten-nahe Wahlblock „Für eine geeinte Ukraine“ seine Mandate in der Werchowna Rada errungen. Die 93 Selbstnominierten, die zu großen Teilen aus den exekutiven Strukturen kommen, laufen scharenweise in den „Block der Macht“ über.

■ Präsident als Sieger

Im Ausgang einer Parlamentswahl den Präsidenten als Sieger anzusehen, mag paradox erscheinen, im Falle der Ukraine entbehrt es nicht der Logik. Mit der Initiierung seines Wahlblock „Für eine geeinte Ukraine“ wollte Leonid Kutschma seine Machtbasis in der Werchowna Rada erweitern, um erstens seinen Wunsch Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2004 fördern zu können und um zweitens ein Zwei-Kammern-Parlament zu installieren. Das ist ihm durch die Tücken des gemischten Wahlsystems und durch die Einflussnahme der Exekutive in den lokalen Administrationen gelungen. Seine präsidententreue Fraktion im Parlament umfasst mittlerweile rund 186 Parlamentarier.

Nun wird es auf den Herausforderer Wiktor Juschtschenko ankommen. Wenn er es schafft, eine stabile Mehrheit in der Werchowna Rada zu bilden, wäre er sogar als möglicher Ministerpräsident der große Gegenspieler für Kutschma und seine Oligarchen. Doch nach den jetzigen Mehrheitsverhältnissen ist dies unwahrscheinlich. In den ukrainischen Medien mehren sich die Stimmen, dass er eine Zusammenarbeit mit den präsidentenfreundlichen Abgeordneten suchen wird. Anders als Tymoschenko und Moros, die das System radikal verändern wollen, möchte Juschtschenko Wirtschaftsreformen, ohne am staatlichen Fundament zu rütteln. Als Ex-Premier sind ihm die Mechanismen des politischen Machtspiels mehr als vertraut und er weiß, dass er sein wirkliches Comeback nur als zukünftiger Präsident der Ukraine feiern kann.

■ **Tabelle 1: Die vorläufigen Ergebnisse der Parlamentswahl in der Ukraine vom 31. März 2002**

Wahlblöcke /Parteien	Anteil der Zweitstimmen (%)	Abgeordnete nach Parteilisten	Direkt gewählte Abgeordnete	Insgesamt
<i>Überwanden 4 %-Hürde</i>				
Wahlbündnis „Unsere Ukraine“	23,55	70	42	112
Kommunistische Partei der Ukraine	20,01	59	7	66
Wahlbündnis „Für eine geeinte Ukraine“	11,79	35	66	101
Wahlblock von Julija Tymoschenko	7,25	22	–	22
Sozialistische Partei der Ukraine	6,87	20	3	23
Sozial-Demokratische Partei der Ukraine (vereinte)	6,27	19	5	24
<i>4 %-Hürde nicht überwunden</i>				
Wahlbündnis zwischen der Demokratischen Partei der Ukraine und der Partei „Demokratische Union“	–	–	4	4
Wahlbündnis „Einheit“	–	–	3	3
Partei der nationalen und ökonomischen Entwicklung	–	–	1	1
Ukrainische Meerespartei	–	–	1	1
Selbstnominierte	–	–	93	93

Quelle: Stabquartier der Wahlen 2002 (Projekt, finanziert von EU und durchgeführt von der Zeitung *Kyiv Post*), 4. April 2002, 10:11, www.hq.com.ua/electionresults

■ **Tabelle 2: Prognose der Machtverhältnisse in der Werchowna Rada nach den Wahlen vom 31. März 2002 unter Berücksichtigung der so genannten „unabhängigen“ Abgeordneten**

Wahlblöcke/Parteien	Abgeordnete nach Parteilisten	Direkt gewählte Abgeordnete	„Unabhängige“, die sich der Gruppe anschließen	Insgesamt
<i>Propräsidentielle Gruppe</i>	54	77	55	186
Wahlbündnis „Für eine geeinte Ukraine“	35	66	46	147
Sozial-Demokratische Partei der Ukraine (vereinigte)	19	5	6	30
Wahlbündnis zwischen der Demokratischen Partei der Ukraine und der Partei „Demokratische Union“	0	4	3	7
Ukrainische Meerespartei	0	1	0	1
Partei der nationalen und ökonomischen Entwicklung	0	1	0	1
<i>Reformergruppe</i>	70	45	10	125
Wahlbündnis „Unsere Ukraine“	70	42	9	121
Wahlbündnis „Einheit“	0	3	1	4
<i>Oppositionelle Gruppe</i>	42	3	2	47
Wahlblock von Julija Tymoschenko	22	0	2	24
Sozialistische Partei der Ukraine	20	3	0	23
<i>Linke</i>				
Kommunistische Partei der Ukraine	59	7	0	66
<i>Gruppe der Unabhängigen</i>				
Selbstnominierte	0	26	0	26

Quelle: Stabquartier der Wahlen 2002 (Projekt, finanziert von EU und durchgeführt von der Zeitung *Kyiv Post*), 8. April 2002, www.hq.com.ua/electionresults

■ Tabelle 3: Kurze Vorstellung der Wahlbündnisse und Parteien, die die Vier-Prozent-Hürde überwunden haben

Wahlblock / Partei	Registriert im Justizministerium	Vorsitzender
Wahlblock „Unsere Ukraine“	Februar 2002	Wiktor Juschtschenko
Partei Reformen und Ordnung	Dezember 1997	Wiktor Pynsenyk
Volksruch der Ukraine	Februar 1993	Genadi Udowenko
Christliche Volksunion	März 1997	Wolodymyr Stretowytsch
„Vorwärts, Ukraine!“	Mai 1999	Wolodymyr Siwkwowytsh
Liberales Partei	Oktober 1991	Wolodymyr Schtscherban
Ukrainische Volksruch	Februar 1993 / Dezember 1999	Juri Kostenko
Partei Solidarität	März 2001	Petro Poroschenko
Jugendpartei der Ukraine	Mai 1999	Juri Pawlenko
Republikanische Christliche Partei	Juli 1997	Mykola Porowsky
Kongress der ukrainischen Nationalisten	Januar 1993	Jaroslawa Stezko
KPU	Oktober 1993	Petro Symonenko
Für eine geeinte Ukraine	Februar 2002	Anatoli Lytwyn
Volksdemokratische Partei	Mai 1996	Waleri Pustowojtenko
Partei der Regionen	November 1997	Mykola Asarow
Agrarpartei	Dezember 1996	Mychailo Gladi
Partei der Industriellen und Unternehmer der Ukraine	Februar 2000	Anatoli Kinach
Werkstätige Ukraine	Juni 2000	Sergi Tygipko
Wahlblock von Julija Tymoschenko	Dezember 2001	Julija Tymoschenko
Batkiwschtschyna	September 1999	Julija Tymoschenko
Partei Sobor	März 2000	Anatoli Matwijenko
Ukrainische Sozialdemokratische Partei	Dezember 1998	Wasył Onopenko
Ukrainische Republikanische Partei	November 1990	Lewko Lukjanenko
Ukrainische Konservative Partei	Juli 1992	Stepan Chmara
Sozialistische Partei der Ukraine	November 1991	Oleksandr Moros
Sozial-Demokratische Partei der Ukraine (vereinte)	Mai 1990 / 1996	Wiktor Medwedtschuk

■ **Abbildung 1: Regionen der Ukraine, in denen bestimmte Parteien oder Wahlbündnisse die Mehrheit der Zweitstimmen bekamen**

